

VON IHNEN GEFRAGT - DIE „UZ“ ANTWORTET

Viele Gruppen der Freien Deutschen Jugend und des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes an der Karl-Marx-Universität haben sich in den letzten 14 Tagen versammelt, um zum Vorschlag Ministerpräsident Otto Grotewohls Stellung zu nehmen, daß ein Volksentscheid in beiden deutschen Staaten darüber bestimmen soll, ob in Deutschland Atom- und Wasserstoffwaffen hergestellt werden und lagern dürfen oder nicht. Einhellig ist die Meinung aller, daß wir den Atomkrieg verhindern müssen.

Im Verlauf der bisherigen Diskussionen über den Vorschlag Ministerpräsident Grotewohls und die große sowjetische Friedensoffensive zur Jahreswende, an die Otto Grotewohls Vorschlag anknüpft, sowie über Wege zu ihrer Verwirklichung wurden an unserer Universität unter anderem fol-

gende Fragen gestellt und erörtert: 1. Wie soll man das kürzliche Auftreten von Dehler und Heinemann im Bundestag beurteilen? 2. Inwiefern erscheint eine begrenzte atomwaffenfreie Zone in Europa sinnvoll, da doch der Aktionsradius der neuesten Raketen sehr weit reicht? 3. Wäre es schädlich, die von der Sowjetregierung vorgeschlagene Konferenz der Regierungschefs durch Außenministerberatungen vorzubereiten? 4. Hat es nach den über 90 abgeschlagenen Verhandlungsangeboten der DDR überhaupt noch Sinn, Vorschläge an Bonn zu richten? 5. Was können wir tun?

Die Redaktion hat einige Herren Dozenten, wissenschaftliche Oberassistenten und Assistenten gebeten, sich zu diesen Fragen zu äußern.

Dr. Dr. Heinemann vor Ollenhauer

Die Reden Dr. Dehlers und Dr. Heinemanns in der Bundestagsitzung vom 2. Januar 1958 waren die schärfsten Angriffe, die seit Jahren in diesem Parlament der Regierung Adenauer entgegengehalten wurden. Die Quintessenz dieser beiden Reden war die Feststellung, daß Adenauer und seine Partei niemals die friedliche Wiedervereinigung gewollt, sondern alles getan habe, um diesen Weg zu verbauen. Diese Feststellung hat auch deshalb große Bedeutung, weil Dehler und Heinemann in der ersten Adenauerregierung verantwortliche Ministerfunktionen innehatten.



Heinemann sitzt hinter ihm; niemand hat Grund, ihm zu glauben.

forderung an Adenauer, angesichts der katastrophalen Folgen seiner Politik die Konsequenzen zu ziehen und zurückzutreten, damit anderen Kräften der Weg frei gemacht werden kann, die „würdig und glaubwürdig das entwickeln, was geboten ist“.

Solche Feststellungen und Forderungen sind nun keineswegs neu. Die Nationale Front des demokratischen Deutschland, die demokratischen Parteien in der DDR und früher die KPD auch im westdeutschen Bundestag haben seit jeher vor der gefährlichen Politik Adenauers gewarnt, haben ihn mehrmals als Lügner entlarvt. Wenn nun heute bürgerliche Politiker, Nichtkommunisten wie Dr. Heinemann und Dr. Dehler – wobei Dehler für seine anti-kommunistische und anti-gewerkschaftliche Haltung bekannt ist – in einer noch nie dagewesenen Schärfe gegen Adenauer auftreten, so ist das ein Symptom dafür, daß in Westdeutschland breite Schichten unzufrieden mit der Politik Adenauers sind. Ein beachtlicher Fortschritt in der Erkenntnis der Wurzel des Übels der Bonner Politik ist den von Dr. Dehler ausgesprochenen Sätzen abzulesen: „Mein Bruch mit Dr. Adenauer beruht in dieser Frage... Ich habe nicht mehr geglaubt, daß er das deutsche Ziel, die Wiedervereinigung erstrebt... Ich glaube ihm nicht, wenn Herr Pferdenges hinter ihm sitzt.“

Die Attacke der Adenauer-Gegner im Bundestag zeigt ferner, daß die Vorschläge der DDR und anderer sozialistischer Staaten über eine Verständigung, über atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa, u. a. in Westdeutschland, sehr populär geworden sind. Dr. Heinemann erklärte wörtlich (an die Regierungskollegen gewandt): „Sie müssen ja selber sagen, daß die DDR stärker im Spiele ist als je zuvor.“

Heinemann hat einiges von dem ge-

sagt, was der westdeutschen Arbeiterklasse jetzt gesagt werden muß. Warum hat es nicht der SPD-Vorsitzende Ollenhauer getan? Die politisch bewußten Kräfte der Arbeiterklasse in Westdeutschland müssen dafür sorgen, daß der Kampf gegen den Atomtod nicht eine Sache Heinemanns bleibt, sondern eine Sache der ganzen Gewerkschafts- und Friedensbewegung wird.

Werner Claus

Druck der Völker auf Regierungschefs am stärksten

Die Frage, ob es schädlich wäre, die von der Sowjetregierung vorgeschlagene Konferenz der Regierungschefs durch Außenministerberatungen vorzubereiten, ist sehr harmlos gestellt.

Man erinnere sich, was bei der „Nachbereitung“ der Genfer Konferenz der Regierungschefs der UdSSR, der USA, Englands und Frankreichs 1955 durch die Außenminister herausgekommen ist! Eisenhower hatte die Pose des Friedensstifters wahren müssen. Seine Entlarvung konnten sich die aggressiven amerikanischen Monopolkapitalisten nicht leisten. Also mußte er der gemeinsamen Direktive der Regierungschefs zustimmen, die festlegte, daß abgerüstet werden soll, daß die europäische Sicherheit zu gewährleisten und Deutschland in Einklang mit den Erfordernissen der europäischen Sicherheit friedlich wieder zu vereinigen ist und daß die Ost-West-Kontakte erweitert werden. Dieses Ergebnis des Zurückweichens der Imperialisten vor den Wünschen und Forderungen der Volksmassen, diesen Erfolg des Drucks der Volksmassen wieder zunichte zu machen, war der Sinn von Dulles' Auftreten auf der Genfer Außenministerkonferenz im Oktober 1955.

Von einer im Sinne der Völker erfolgreich verlaufenden Konferenz der Regierungschefs vieler Länder der Erde in den nächsten Monaten fürchten die Imperialisten einen neuen Kraftzuwachs der Volksmassen. Wissen die Imperialisten doch, daß die von ihnen geschickten Vertreter auf so hoher Verhandlungsebene – unter der wachsamsten Kontrolle ihrer Völker – kaum „Nein“ zu sagen wagen können, wenn Kernwaffenverbot, fortschreitende Abrüstung und eine allgemeine Entspannung zur Debatte stehen. Die Imperialisten fürchten, nach einer solchen Konferenz

Der Rapacki-Plan und die Reichweite sowjetischer Raketen

Der Rapacki-Plan sieht vor, daß zwischen der westdeutsch-französischen und der polnisch-sowjetischen Grenze keinerlei Atomwaffen hergestellt und gelagert werden. Damit wäre ein Raum von annähernd 1500 km in seiner West-Ost-Ausdehnung von Kernwaffen frei.

Wenn gegen diesen Plan seitens der amerikanischen und westdeutschen Imperialisten zur Irreführung eingewandt wird, die sowjetischen Raketen reichten doch aber weiter als 1500 km, so soll das über folgende Tatsachen hinwegtäuschen:

Der grundlegende Sinn des Rapacki-Planes besteht darin, das Feuer im Hauptgefahrenherd des Krieges einzudämmen. Dieser Herd ist Westdeutschland. Von dort drohen Tausende Kurz- und Mittelstreckenraketen zu starten und Vernichtung zu sünden. Vernichtung vor allem in Westdeutschland selbst, denn schwere weitreichende ballistische Raketen, über die nur die Sowjetunion verfügt, würden als Antwort auf jegliche Aggression der Adenauer und Strauß auf westdeutschen Boden niedergehen. Wenn zwischen Rhein und Elbe keine Atomraketenabschlußrampen der Imperialisten stehen, läßt sich in Europa nur schwer eine Stelle finden, von der Raketen gegen das sozialistische Lager gestartet werden können. Die von Rapacki vorgeschlagene atomwaffenfreie Zone grenzt an Oesterreich und Dänemark, deren Regierungen ihrerseits auf die Stationierung von Atomraketen in ihren Ländern verzichteten. Schweden und Norwegen würden Ausdehnung und Kraft dieser Zone und ihre politische Wirkungskraft vergrößern.

Vor allem aber werden die Völker solcher Länder wie Italiens und Frankreichs angesichts der Realisierung des Rapacki-Planes in Polen, der CSR, der DDR und Westdeutschland ihre Forderung durchsetzen, daß auch auf dem Boden ihrer Staaten Atomwaffen und Raketen nicht lagern dürfen.

Die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone im Herzen Europas wäre der erste Schritt zu einer internationalen Ent-



Atomwaffenfreie Zone in Europa – Frieden für Europa

spannung. Wenn sich gegen diese Vorschläge Stimmen zu Wort melden, mit dem Argument, das habe keinen Zweck in Anbetracht der interkontinentalen Rakete in den Händen der Sowjetunion, so dient dieses Argument lediglich der Rechtfertigung unbeschränkter Wett-

Bernhard, Eberhardt



Manöver mit Übungen der hier wiedergegebenen Art wären den westdeutschen Militärs bei der Teilnahme der Bundesrepublik an der atomwaffenfreien Zone verboten. Unser Bild zeigt die Montage eines amerikanischen Raketen-geschosses in Grafenwöhr. Für die Armee der USA bedeutet Verwirklichung des Rapacki-Plans die endliche Demontage ihrer Atombombenstapelplätze und ihrer Raketenabschlußrampen auf westdeutschem Boden.

Was können wir tun?

An allen Instituten, insbesondere im Klinikum, haben – an der Spitze unsere Professoren – die Wissenschaftler, die Arbeiter und die Angestellten ihre Em-

ren Schwesternuniversitäten bekannt werden, und daß das Schweigen der Westpresse über die gerechte Empörung der deutschen Bevölkerung gebrochen wird. Die Institute müssen mit ihren Schwesterninstituten in Westdeutschland in kürzester Zeit gemeinsame Aussprachen organisieren und dabei die Lösung gemeinsamer Aufgaben im Kampf gegen die Atomkriegsgefahr erörtern.

Den gewerkschaftlichen Leitungen muß es eine selbstverständliche Pflicht sein, die Betriebsräte der westdeutschen Universitäten und der Kliniken zu gemeinsamem Kampf für die Durchführung eines Volksentscheides in ganz Deutschland aufzurufen. Diejenigen Kollegen, die bereits Zeitungen mit dem Aufruf unseres Ministerpräsidenten und mit Unterschriften versahene Resolutions nach Westdeutschland versandt haben, sollten jetzt überall eifrige Nachahmer finden.

Die Kraft unserer Bewegung ist also abhängig von unserem persönlichen Einsatz und unserer Bereitschaft, alles zu tun, um nicht nur die gesamte Bevölkerung der DDR in diese Massenbewegung einzubeziehen, sondern um ganz Deutschland aufzurufen zum Kampf gegen die Atomkriegspolitik der Westmächte. Darum ist es eine der wichtigsten Aufgaben, alle Angehörigen der Universität von der Notwendigkeit des aktiven Auftretens für die Durchführung eines Volksentscheides zu überzeugen und darüber hinaus in unseren Wohnhäusern mittels Hausversammlungen die gesamte Bevölkerung unserer Republik zu mobilisieren.

Gerhard Schuster
1. Sekretär der UGL

Der Sinn immer neuer Vorschläge an Bonn

Es ist richtig, daß die amtlichen Bonner Regierungsstellen auf die zahlreichen Vorschläge der Volkskammer, der Regierung der DDR und führender Politiker unserer Republik nicht antworten und damit die Interessen Deutschlands verraten.

Doch daran kann man den Erfolg und die Wirkung der Friedensinitiative unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates nicht messen. Es ist unbestritten, daß die Autorität der DDR ständig wächst, weil durch die dauernde Entlarvung der Bonner Politik und durch die zahlreichen Dokumente und Taten unserer Republik in der Welt und in Westdeutschland immer offenkundiger wird, wie das friedliebende, demokratische Deutschland repräsentiert.

ist die Einflußnahme auf die westdeutsche Meinungsbildung und die Organisation eines Volkskampfes für Frieden und Demokratie noch klarer sichtbar, denn alle unsere Vorschläge richten sich an alle verantwortungsbewußten Deutschen. Gleichzeitig sind sie ein wichtiges Mittel, um die politische Verantwortung der Bürger unserer Republik zu zeigen und jedem den verbrecherischen Charakter des Bonner Bundesstaates unzweifelhaft zu verdeutlichen. Besonders die letzte außenpolitische Debatte war ein Beweis dafür, daß unsere bisherigen Bemühungen nicht erfolglos waren, da immer mehr Bürger der Bundesrepublik fordern, daß alle Mittel ausgenutzt werden müssen, um den Frieden zu erhalten.

Der Vorschlag unseres Ministerprä-



Wittenberg – die Stadt beispielhaften westdeutschen Widerstandes gegen amerikanische und Bonner Atomkriegspläne. Fotos (3): Zentralbild

äsidenten, einen Volksentscheid in beiden deutschen Staaten darüber durchzuführen, ob Deutschland einer atomwaffenfreien Zone angehören solle oder nicht, wird in noch größerem Maße dazu beitragen, das deutsche Volk wachzurütteln und die Widerstandskraft gegen solche revanchelüsterne Kriegspolitik wie z. B. den ehemaligen Oberleutnant und NS-Schulungsoffizier Strauß, den heutigen Kriegsminister Bonn, zu verstärken, um sie schließlich durch friedliebende Kräfte zu ersetzen. Schon heute steht nach westdeutschen Angaben fest, daß 80 Prozent der westdeutschen Bevölkerung sich bei einem Volksentscheid für die atomwaffenfreie Zone entscheiden würden.

Max Siebert

UNSERE VERPFLICHTUNG

Die Worte, die unser Ministerpräsident Genosse Otto Grotewohl am 22. Januar 1958 an das deutsche Volk richtete, finden unsere volle Zustimmung. Wir glauben, daß dieser Volksentscheid wesentlich dazu beitragen kann, die Gefahr eines Atomkrieges in Deutschland und damit in der ganzen Welt bedeutend zu verringern.

Aus diesem Grunde sind wir bereit, alles zu tun, was den Volksentscheid in beiden deutschen Staaten vorbereiten hilft.

Um es wenigstens einigen Bürgern der Bundesrepublik möglich zu machen, von den Anstrengungen der Menschen des sozialistischen Lagers um die Erhaltung des Friedens Kenntnis zu nehmen, abonnieren wir vom 1. Februar 1958 bis zur Beendigung der Wahlen zur Volkskammer jede ein Exemplar der „Leipziger Volkszeitung“, das direkt von der Redaktion nach Westdeutschland geschickt wird. Wir fordern die Genossen auf, unserem Beispiel zu folgen.

Helga Rautenberg, stud. jur.
Christa Feuerhack, stud. jur.

diesmal noch weniger Aggressionspläne „retten“ zu können als 1955. Daraus folgern sie: Man muß jetzt vorher etwas unternehmen. Sie haben sich entschlossen, gegen das Zusammentreffen der Regierungshäupter propagandistische und diplomatische Barrieren zu bauen.

Ihr heuchlerisches Gerede, ohne vorberichtigte Außenministerberatungen sei eine Konferenz der Regierungschefs zwecklos, ist eine solche Barriere.

Die Sowjetregierung hat sehr wohl daran gedacht, die Außenminister an der Erörterung der Weltprobleme durch die Präsidenten und Ministerpräsidenten zu beteiligen. Aber von dem Ziel, die höchstbefugten Persönlichkeiten der Länder der Erde zu einer gemeinsamen bindenden Entscheidung über Maßnahmen der Entspannung zu führen, darf nicht abgegangen werden.

Klaus Höpcke

prüfung gegen die friedensbedrohende Atomkriegspolitik der Adenauer-Regierung zum Ausdruck gebracht. Einmütig unterstützen sie einen Volksentscheid in ganz Deutschland mit der Forderung: Schaffung einer atomwaffenfreien Zone.

Ich bin der Auffassung, daß die Verantwortung der friedensbedrohenden Politik und die Forderung nach einem Volksentscheid erst der Anfang sein kann. Jetzt muß dem gerechten Zorn die Tat, der persönliche Einsatz, folgen. Jetzt kommt es darauf an, diese Massenbewegung auf unsere Patenuniversitäten in Westdeutschland auszudehnen. Unsere Wissenschaftler sollten die mannigfaltigen fachlichen und persönlichen Verbindungen nützen und dafür sorgen, daß die Friedensvorschläge der Sowjetunion und unserer Regierung an un-